



**Nordnetz Hamburg**

Das Netzwerk von Bürgerinitiativen im Hamburger Norden

**An die Spitzenkandidatin  
der Piratenpartei Hamburg-Nord  
für die Wahl zur Bezirksversammlung**

**Ansprechpartnerin:**

Sibylle Dawson  
Hegestieg 14  
20249 Hamburg

Email: [info@nordnetz-hamburg.de](mailto:info@nordnetz-hamburg.de)

Hamburg, den 30.04.2014

**Betreff:** Details zu Wahlkampfveranstaltung

Sehr geehrte Frau Olszewski,

vielen Dank für Ihre Zusage zur Teilnahme an unserer Veranstaltung. Die von uns ausgearbeiteten Fragestellungen zu den Themenkomplexen „Bürgerbeteiligung“ und „Stadtentwicklung“ senden wir Ihnen hiermit zu. Das Informationsblatt wird vor der Veranstaltung auch an die Teilnehmer verteilt.

Bitte beachten Sie darüber hinaus eine Änderung bezüglich des Veranstaltungsortes und des Beginns der Veranstaltung. Leider ließ sich dies aus organisatorischen Gründen nicht vermeiden.

Veranstaltungsort: **Martinistrasse 33, Ecke Tarpenbekstrasse (Martinuskirche)**

Zeitpunkt: **Donnerstag, den 8. Mai 2014 um 19:30 Uhr**

Mit freundlichen Grüßen,

- [www.nordnetz-hamburg.de](http://www.nordnetz-hamburg.de) -

Nordnetz Hamburg - c/o Sibylle Dawson - Hegestieg 14 - 20249 Hamburg

## Hamburg im Ausverkauf

„Das klare Signal in Richtung Wohnungswirtschaft lautet: Investieren Sie! Sie haben Planungssicherheit!“ (Bürgermeister Olaf Scholz am 10. Juni 2013 vor der Immobilienwirtschaft)

### Block **Bürgerbeteiligung**

Bürgerbeteiligung hat zumeist nur Alibicharakter. In der aktuellen Broschüre der Stadtwerkstatt steht: „Bürgerbeteiligung dient dabei eher zur Meinungsbildung und nicht zur letztendlichen Entscheidung – diese muss von den gewählten politischen Gremien gefasst werden“ (S. 38).

Stimmt Ihre Partei mit dieser Aussage überein oder ist Ihre Partei bereit, Bürgerbeteiligung ernsthaft – also auf Augenhöhe – zu betreiben?

Was können Sie den Bürgern hier zusagen?

Wie wollen Sie dem Eindruck entgegenwirken, dass Investoren vorrangig behandelt werden, obwohl diese doch vor allem ihre Partikularinteressen durchsetzen wollen? Gelten für Investoren andere Rechte als für normale Bürger?

Ist eine regelhafte Veröffentlichung von Bauanfragen und öffentliche Sitzungen der Bauausschüsse für Sie und Ihre Partei denkbar und wie würden Sie das implementieren?

Warum soll man zur Bezirksversammlungswahl gehen – die wirklichen Entscheidungen treffen andere woanders. In der Bezirksversammlung werden Entscheidungen (B-Pläne) oft nur abgesegnet – falls nicht wird der Bürgerwille wird vom Senat evoziert.

### Block **Stadtplanung**

Baubürgermeister Alexander Wetzig (Ulm): „Die ‚frühzeitige‘ Bürger/innenbeteiligung der Bauleitplanung (nach Baugesetzbuch) ist zu spät.“

Wir erleben in den letzten drei Jahren eine sehr einseitig auf „6000 Wohnungen pro Jahr bauen“ orientierte Stadtplanung. Gleichzeitig verliert Hamburg pro Jahr 4000 Bäume. Wie sieht für Ihre Partei sinnvolle Stadtplanung aus, die vielschichtig an Lösungen arbeitet?

Im Bezirk Nord gibt es einen erheblichen Leerstand.

Wie soll Leerstand verhindert werden – auch und gerade dort, wo Abriss und Neubau vorgesehen ist? Es gibt auch Leerstand in Neubauten – Eigentümer haben ein Klingelschild, aber noch andere Wohnungen in Berlin, München oder Mailand.

Umzug ist teuer. Wer eine Mietwohnung ohne Not aufgibt zahlt immer drauf.

Wie kann man es erreichen, dass sich für umzugswillige (z.B. ältere alleinstehende) Menschen der Umzug von einer größeren Wohnung – diese Wohnung könnte dann jungen Familien zur Verfügung gestellt werden – in eine kleinere Wohnung finanziell lohnt?

Notwendig sind günstige Wohnungen z.B. für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben und diesen günstigen Wohnraum brauchen. Aber 2/3 der Wohnungen werden von Reichen für Reiche geplant und gebaut. Auch die Altbauten werden durch energetische Sanierung teurer. Die Zeche zahlen alle Mieter.

Der Neubau von Sozialwohnungen löst nicht das strukturelle Problem: Von den ca. 90.000 Sozialwohnungen (Altbestand) fallen auf Jahre wesentlich mehr als 2000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung. Wenn jedes Jahr 2000 Wohnungen mit einer Sozialbindungsfrist von 15 Jahren gebaut würden, dann blieben langfristig (2000 x 15) nur 30.000 Sozialwohnungen insgesamt für ganz Hamburg übrig.